

Weinheim, 15. Januar 2025

## **Anträge zum Haushalt 2025**

### **1. Einwegverpackungen und Müll in der Stadt reduzieren**

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Weinheim führt eine Abgabe auf Einwegverpackungen für Speisen und Getränke für den sofortigen Verzehr ein. Die Verwaltung erstellt eine entsprechende Beschlussvorlage.
2. Die Abgabe soll noch in diesem Jahr eingeführt werden, um möglichst bald Wirkung zu entfalten und das Stadtbild zu entlasten. Es wird noch keine Ein- oder Ausgabeposition eingestellt.

#### **Begründung:**

Zweck der Einführung dieser Abgabe ist die Verringerung der großen Mengen an Verpackungsmüll im Stadtgebiet. Vorbild ist die Regelung der Stadt Heidelberg, die sich übertragen lassen sollte.

[https://www.heidelberg.de/HD/Presse/13\\_12\\_2024+verpackungssteuer\\_+anschreiben+an+p+otenziell+betroffene+betriebe+als+naechster+schritt.html](https://www.heidelberg.de/HD/Presse/13_12_2024+verpackungssteuer_+anschreiben+an+p+otenziell+betroffene+betriebe+als+naechster+schritt.html)

Im Sommer 2023 hat das Bundesverwaltungsgericht die Klage letztinstanzlich abgewiesen. Somit besteht nun Rechtssicherheit bei diesem Thema. Seit Januar 2023 ist die Gastronomie verpflichtet, Mehrwegalternativen zur Verfügung zu stellen (§ 33 VerpackG). Kleine Betriebe mit unter fünf Mitarbeitenden sind von dieser Regelung ausgenommen.

Mittels einer Abgabe auf Einwegverpackungen für Speisen und Getränke zum sofortigen Verzehr wird der Umstieg auf Alternativen, z.B. Mehrweg- oder auch essbare Verpackungen – für die System- und Straßengastronomie in der Attraktivität gesteigert.

Die Erfahrungen in Tübingen und auch anderswo haben gezeigt, dass viele, aber nicht alle Betriebe auf Mehrweg umsteigen. Es werden auch hohe Einnahmen erzielt. Solche Einnahmen wären auch in Weinheim hilfreich, sind aber nicht das primäre Ziel dieser Steuer.

## **2. Einstellung einer Person auf die Stelle für Gleichstellung**

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stelle für Gleichstellung und für Menschen mit Beeinträchtigung wird ausgeschrieben und besetzt.

### **Begründung:**

Weinheim war eine der ersten Städte in Baden-Württemberg, die die Stelle einer Frauenbeauftragten eingerichtet hatte. Doch leider ist diese Stelle seit Jahren nicht wiederbesetzt worden. Mittlerweile sind in den meisten Kommune die Frauenbeauftragten zu Beauftragten für Gleichstellung und Menschen mit Beeinträchtigungen umbenannt worden.

Dieser Aufgabenbereich wird auch in Weinheim zu wenig wahrgenommen. Zwar heißt es, dass Betroffene sich an den an den Rhein-Neckar-Kreis wenden können oder auch an das Amt für Soziales, Jugend, Familie und Senioren. Aber eine Besetzung mit einer aktiv agierenden Person könnte in an ganz anderer Weise wirken und sowohl innerhalb der Verwaltung als auch in die Stadtgesellschaft hinein tätig sein. Das haben wir noch in guter Erinnerung bei den Personen, die hier in Weinheim in dieser Position aktiv waren. Dazu gehört auch Öffentlichkeitsarbeit, um gleichstellungspolitische Anliegen zu vermitteln und vernetzend zu arbeiten.

## **3. Verkehrsberuhigung durch Enforcement Trailer und bauliche Maßnahmen**

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Es wird ein weiterer Enforcement Trailer angeschafft.
2. Zusätzlich wird eine auf zwei Jahre befristete Sachbearbeiterstelle im Ordnungsamt geschaffen.
3. Aus den zu erwarteten Mehreinnahmen aus Verkehrsordnungswidrigkeiten werden 150.000€ im Jahr für den Umbau von neu auf Tempo 30 festgelegte Straßen genutzt. Bei diesen oder anderen als angemessen erachteten Bereichen werden durch bauliche oder optisch Maßnahmen tatsächliche Verkehrsberuhigungen erzielt.

### **Begründung:**

Zurzeit ist "Fridolin" überfordert und die Mitarbeiter des Ordnungsamtes ausgelastet. Zur Förderung der Verkehrssicherheit soll ein weiterer Enforcement Trailer angeschafft werden, um einen größeren Verkehrsbereich regelmäßig abdecken zu können. Um den zu erwartenden Mehraufwand auf der Seite des Ordnungsamtes zu stemmen, ist die neu zu schaffende und befristete Stelle mit beantragt.

Einnahmen aus Verkehrsordnungswidrigkeiten sollten der Prävention derselben zugutekommen. Daher soll nun die erweiterte Verkehrssicherung direkt den Umbau der Gemeindestraßen finanzieren. Da der Enforcement Trailer im Jahr 2023 etwa 500.000€ und bis November 24 etwa 260.000€ an Einnahmen generiert hat, sollten abzüglich Personalkosten und Amortisierung des Enforcement Trailers an sich die beantragten 150.000€ zur Verfügung stehen, um den Einsatz von Enforcement Trailern so gut es geht überflüssig zu machen, da die Straßenführung dazu führt, dass Tempo 30 intuitiv eingehalten wird.

#### **4. Mehrwegbechersystem für Feste und Werbung**

Der Gemeinderat möge beschließen:

Es werden Mehrwegbechern im Wert von 10.000 Euro angeschafft, die mit Werbung (beispielsweise der Feuerwehr) bedruckt werden.

Die Mehrwegbecher sollen im Rahmen von Festen wie Kerwe, Open-Air-Konzerten, Public-Viewing, Ehrenamtstag, Schul- und Vereinsfesten gegen einen geringen Beitrag zur Verfügung gestellt werden. Die Ausgabe und Verwaltung der Mehrwegbecher erfolgen durch den Verein/ die Organisation, die auf dem Bechern wirbt. Die erzielten Einnahmen aus den Beiträgen verbleiben bei dem Verein/ der Organisation. Die Finanzierung der Mehrwegbechern erfolgt aus dem Klimaschutzfond.

#### **Begründung:**

Einwegbecher sind genauso unzeitgemäß wie kostenintensiv. Gerade bei großen Festen wie der Kerwe trägt ein einheitliches Mehrwegbechersystem zur Abfallvermeidung bei. Darüber hinaus kann ein solcher Becher, wie er bereits heute am Tag der offenen Tür der Freiwilligen Feuerwehr angeboten wird, zur Werbung für das Ehrenamt beitragen.

Stefano Bauer  
Kevin Bohland  
Hella Dannenmann  
Corinna Harnisch  
Elisabeth Kramer  
Jonathan Langenbach  
Mathias Meder  
Kerstin Treber-Koban